

## **„Kein Hire and Fire“**

### **Die Podiumsdiskussion auf dem Arbeitgebtag des BZA zum „Image der Zeitarbeit“ legt die Differenzen zwischen dem DGB und Zeitarbeitsfirmen offen.**

Der Gewerkschaftsführer war verblüfft. Denn kurz vor dem Ende der Podiumsdiskussion auf dem Arbeitgebtag des BZA setzte Kommunikations-Experte Marco Hardt eine Pointe, mit der der mittelfränkische DGB-Chef Stephan Doll offenbar nicht gerechnet hatte. Mit Blick auf Doll, der unmittelbar zuvor „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ gefordert hatte, sagte Hardt, Managing Director der PR-Agentur Burson-Marsteller: „Nicht einmal in den Gewerkschaften wird für gleiche Arbeit der gleiche Lohn gezahlt.“ Hardt konkretisierte dann: „Bei Ihnen gibt es befristete Verträge, und nicht jeder bekommt das gleiche Geld für seine Arbeit.“

Doll war fast sprachlos, entgegnete noch, dass der DGB Mittelfranken keine Zeitarbeitnehmer beschäftige – den Scheinheiligkeits-Vorwurf des PR-Managers aber dementierte er nicht. Der Gewerkschaftsführer hatte zuvor mehrfach versucht, die Diskussion unter dem Titel „Zeitarbeit zwischen Hoffnungsträger und Buhmann – welche Faktoren prägen das Branchenimage?“ auf den „Schlecker“-Skandal zu reduzieren. Die Drogeriekette hatte eigens eine Zeitarbeitsfirma gegründet, in die sie entlassenes Stammpersonal schickte, um die Mitarbeiter dann zu erheblich reduzierten Konditionen wieder einzustellen.

BZA-Vizepräsidentin Ingrid Hofmann, die selbst das Zeitarbeitsunternehmen I.K. Hofmann GmbH führt, hatte sich mehrfach gegen die Pauschalierung verwahrt und bedauert, dass der Skandal den Gewerkschaften und Medien die Gelegenheit gegeben habe, die gesamte Branche zu verunglimpfen. „Wenn man unseren Mitarbeitern immer wieder erzählt, sie sind nur Arbeitnehmer zweiter Klasse, dann glauben sie das irgendwann auch.“ Allerdings sei das Image bei den eigenen Mitarbeitern nicht so schlecht, wie es durch den „Schlecker“-Skandal zu befürchten gewesen wäre: „Sonst würden wir nicht immer wieder hoch motivierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte gewinnen.“

Redakteur Harald Schumacher, der den Fall „Schlecker“ für die *WirtschaftsWoche* recherchiert und damit ins Rollen gebracht hatte, stellte genau wie Doll in Frage, dass man solche Auswüchse durch Tarifverträge regeln könnte. Allerdings sollte der BZA Firmen die „unter Aushebelung der Tarifverträge Stammpersonal durch Zeitarbeitnehmer ersetzen, nicht dulden“, sagte der Journalist. Sonst mache man sich gemein mit solchen

Praktiken. „Der Verband muss jetzt einmal tief schneiden, um gesund zu werden.“

Ingrid Hofmann entgegnete, dass ein Ausschluss nicht möglich sei, da diese Zeitarbeitsfirmen nicht gegen Gesetze verstießen, auch wenn ihr Verhalten vielleicht unmoralisch sein möge. „Als Unternehmerin widerstrebt es mir, wegen eines Einzelfalls gleich die Gesetze zu verschärfen“, ergänzte sie.

Gegen den Vorwurf, den Moderatorin Stephanie Heinzeller vom Bayerischen Rundfunk in eine Frage packte, wehrte sich Stephan Doll dann aber doch. Er und der DGB seien nicht grundsätzlich gegen Zeitarbeit. Sie sei „sinnvoll, wo man Spitzen abfedert“. Aber Spitzen von zwei Millionen Arbeitskräften könne es niemals geben. Doll griff bei dieser Zahl jedoch auf eine Prognose zurück, mit der die Gewerkschaften die Zahlen bewusst in die Höhe schrauben, um der Öffentlichkeit ein vermeintlich großes Problem vorzuspiegeln. Denn derzeit sind gerade einmal 750.000 Menschen bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Der Gewerkschafter forderte auch ein Synchronisationsverbot. Demnach sollte es den Zeitarbeitsfirmen untersagt werden, Arbeitnehmer zu entlassen, „wenn diese beim Entleiher“ auf die Straße gesetzt würden.

Das wies Ingrid Hofmann zurück. „Wir kümmern uns weit mehr um unsere Mitarbeiter als dies normale Unternehmen tun.“ Man wolle „kein Hire and Fire“, sondern Mitarbeiter schnellst möglich neu vermitteln.